



Wortprotokoll

der 117. Sitzung vom 16. Februar 1977

Resoconto integrale

della seduta n. 117 del 16 febbraio 1977

VII. Legislatur
VII Legislatura
1973 - 1978

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 117. SITZUNG
16.02.1977

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 206/77: "Norme concernenti il passaggio del personale della Regione Trentino Alto-Adige nei ruoli della Provincia autonoma di Bolzano e modifiche al vigente ordinamento del personale". pag. 3

Impugnazione dell'art. 3 della legge 24.12.1976, n. 898: "Nuova regolamentazione delle servitù militari". . pag. 43

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 206/77: "Bestimmungen zum Übergang des Personals der Region Trentino-Südtirol in die Stellenpläne der Autonomen Provinz Bozen, sowie Änderung der Personaldienstordnung". . . .Seite 3

Anfechtung des Artikels 3 des Gesetzes vom 24.12.1976, Nr. 898: "Neuregelung der Militärservituten".Seite 43

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dr. Prof. DECIO MOLIGNONI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.45 UHR
(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta é aperta.
Prego dare lettura del verbale della precedente seduta.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. E' approvato.
Comunicazioni della Presidenza:

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Benedikter, Erschbaumer, Gouthier, Marcon, Müller e Rella.

E' pervenuto un telegramma dal sindacato del personale della Regione sul provvedimento legislativo che stiamo trattando.

Continua la discussione generale sul disegno di legge provinciale n. 206/77: **"Norme concernenti il passaggio del personale della Regione Trentino Alto-Adige nei ruoli della Provincia autonoma di Bolzano e modifiche al vigente ordinamento del personale"**.

Landesgesetzentwurf Nr. 206/77: **"Bestimmungen zum Übergang des Personals der Region Trentino-Südtirol in die Stellenpläne der Autonomen Provinz Bozen, sowie Änderung der Personaldienstordnung"**.

La parola al Presidente della Giunta provinciale.

MAGNAGO (Landeshauptmann - SVP): Sehr geehrte Herren Abgeordnete, wie bekannt, hat die Regionalverwaltung im Zusammenhang mit der Übertragung von Zuständigkeiten an die Provinzen und im Sinne einer allmählichen Anwendung von Artikel 111 des Sonderstatuts für Trentino-Südtirol, mit der Übertragung an die Provinz von Ämtern dieser auch das entsprechende Personal zur Verfügung gestellt, wie dies in Artikel 52 des D.P.R. vom 1. Februar 1973, Nr. 49, vorgesehen ist; dies in Erwartung der endgültigen Einstufung dieses Personals in die Landesstellenpläne.

Obwohl das genannte Personal der Region effektiv an die Landesverwaltung abgetreten worden ist, um für diese zu arbeiten, hat es doch seine Einstufung in den Stellenplänen der Region, sowie den Rechtsstatus und die Be-

soldung, wie diese für das übrige Personal der Region Trentino-Südtirol vorgesehen sind, beibehalten.

Durch die Tatsache, daß dieses Personal der Provinz zur Verfügung gestellt worden ist, hat dieses durch seine unsichere Übergangsstellung verschiedene Mißstände in Kauf nehmen müssen.

Der Landesausschuß hat somit die Absicht, mit diesem Gesetzentwurf den genannten Schwierigkeiten zu begegnen; es sollen die Voraussetzungen für eine reibungslose Überführung in die Landesstellenpläne von jenem Personal der Region, das zur Zeit zur Verfügung gestellt ist, geschaffen werden, diese Überführung wird mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses und mit Wirkung von jenem Datum, wie es im Dekret festgelegt wird - dies in Anwendung von Artikel 111 des neuen Autonomiestatutes - vorgenommen.

Es erübrigt sich wohl zu betonen, daß die neuen und erweiterten Zuständigkeiten, wie sie der Provinz vom neuen Autonomiestatut sowie von den entsprechenden Durchführungsbestimmungen übertragen worden sind, aufgezeigt haben, wie sehr es in einzelnen Stellenplänen an Stellen mangelt, sowie auch das Nichtvorhandensein von anderen Stellenplänen, wie sie erforderlich sind, um das von anderen Verwaltungen in die Landesstellenpläne zu übernehmende, sowie auch das neuaufzunehmende Personal, welches für die Durchführung der vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang der neuerworbenen Zuständigkeitsbereiche erforderlich ist, einzustufen.

Der hier vorgelegte Gesetzentwurf sieht neben verschiedenen Abänderungen und Ergänzungen zur Personaldienstordnung, wie diese sich im Zusammenhang mit dem Übergang des Regionalpersonals als notwendig erweisen, auch eine entsprechende Erweiterung verschiedener bereits bestehender Stellenpläne vor, sowie auch die Errichtung von neuen Stellenplänen, wie diese für gewisse Kategorien von technischem Personal, welches bisher bei der Region Dienst geleistet hat, sowie auch die für die endgültige Einstufung in die Stellenpläne des Landes von jenem Personal, das von der Region Trentino-Südtirol übergegangen ist, erforderlichen Übergangsbestimmungen.

Nach diesen kurzen Hinweisen allgemeiner Natur werden in der Folge die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes erläutert:

Artikel 1 hat eine Änderung der derzeitigen Personaldienstordnung in dem Sinne zum Inhalt, daß in der gehobenen und in der mittleren Laufbahn die Ränge eines Sekretärs 1. Klasse und eines Assistenten 1. Klasse gestrichen werden, oder besser gesagt, in Gehaltsklassen innerhalb der Ränge eines Obersekretärs und eines Oberassistenten umgewandelt werden. Diese Bestimmung ist darauf ausgerichtet, innerhalb der genannten Laufbahnen Ränge und Gehaltsklassen so zu gestalten, wie diese in den entsprechenden Laufbahnen der Stellenpläne der Region vorgesehen sind, und somit den Übergang des Personals der Region in die Landesstellenpläne zu erleichtern.

Artikel 2 legt die allgemeinen Richtlinien fest, auf Grund welcher die Reihenfolge bei der Einstufung in den Stellenplan des Landespersonals bestimmt werden soll.

Artikel 3 des Gesetzentwurfes erweitert einige Stellenpläne in dem Ausmaß, wie es unbedingt erforderlich ist, die Einstufung des zur Verfügung ge-

stellten Regionalpersonals und des bei der Provinz bereits auf Zeit im Dienst stehenden Personals vorzunehmen.

Zur Durchführung der Aufgaben auf dem Sektor des Forstwesens und des Wasserbauwesens innerhalb desselben wird mit Artikel 4 der neue Sonderstellenplan der Forstdienste errichtet; in diesen sollen die auf dem Sektor des Forstwesens tätigen Techniker der höheren und gehobenen Laufbahn, die entweder von der Region übergehen oder unmittelbar von der Provinz aufgenommen werden, eingestuft werden. Artikel 5 hingegen sieht den Sonderstellenplan des technischen Personals für den Transportsektor vor. In den beiden Artikeln sind außerdem die Studientitel angegeben, wie sie für die Aufnahme in die beiden Stellenpläne erforderlich sind. Die Gliederung dieser Stellenpläne ist in den Beilagen A und B zu diesem Gesetzentwurf aufgezeigt.

Artikel 6 beinhaltet kurze Hinweise über die Aufgabenbereiche des technischen Personals, das auf dem Sektor der Gruben, Steinbrüche und Bergwerke tätig ist; dabei wird auf die staatlichen Bestimmungen über das Bergbauwesen verwiesen.

Artikel 7 sieht im Bereich des Sonderstellenplans der Sozialdienste eine höhere Laufbahn vor, die bisher gefehlt hat; das Plansoll und die Gliederung desselben geht aus der Beilage C zum Gesetzentwurf hervor.

Artikel 8 reduziert das Kontingent für die Aufnahmen in besonders dringenden Fällen von Personal auf Zeit auf 10 Prozent pro Stellenplan und Laufbahn; andererseits erlaubt es dieser Artikel, in Fällen besonderer Dringlichkeit Personal provisorisch aufzunehmen, sofern dieses im Besitz der Voraussetzungen für die Aufnahme in die einzelnen Stellenpläne und Laufbahnen ist; diese Aufnahmen erfolgen für den Zeitraum, der zur Ausschreibung und Durchführung der öffentlichen Wettbewerbe zur Besetzung der verfügbaren Stellen erforderlich ist.

Artikel 9 sieht vor, daß ein Sechstel der Stellen, die jeweils am 1. Jänner jeden Jahres in den Anfangsrängen der höheren, der gehobenen und der mittleren Laufbahn der einzelnen Stellenpläne frei sind, mit internen Wettbewerben vergeben werden, zu welchen jenes Planpersonal zugelassen ist, das im Besitz des für die Aufnahme in den angestrebten Rang erforderlichen Studientitels ist; auf diese Weise wird eine Angleichung an die bei der Region bereits bestehende rechtliche Regelung vorgenommen.

Mit Artikel 10 soll eine Funktionszulage für jenes Personal der einfachen Laufbahn geschaffen werden, welchem die Koordinierung subalternen Dienste oder die Funktion eines Vorarbeiters von Arbeitern oder Straßenwärtern innerhalb der verschiedenen Dienstbereiche übertragen ist.

Es ist zweckmäßig, ja geradezu unerlässlich, diese Funktionszulage einzuführen, um so, wie dies auch durchaus angebracht ist, jenem Personal eine Vergütung zu bieten, welches mit verantwortlichen und heiklen Aufgaben betraut ist; dies auch in Hinsicht auf die Tatsache, daß auf Grund des derzeitigen Systems die höchsten Ränge der einfachen Laufbahn nicht im Zusammenhang mit festgelegten Aufgaben stehen sondern im Ausmaß von 30 Prozent des gesamten Plansolls der entsprechenden Stellenplans angegeben sind und somit nicht den effektiven Erfordernissen des Dienstes entsprechen.

Artikel 11 räumt der Landesverwaltung die Möglichkeit ein, in außerordentlichen Fällen den Bediensteten, die mindestens 20 Dienstjahre geleistet haben, eine einmalige Anzahlung auf die Abfertigung zu bezahlen, wobei diese Anzahlung auf jenen Betrag zu beschränken ist, der sich aus der Summe der zum Zeitpunkt der Gewährung fälligen Teilbeträge ergibt. Eine gleichartige Bestimmung ist ebenfalls in der Personaldienstordnung der Region Trentino-Südtirol vorgesehen.

Artikel 12 wandelt einige Einstufungen in Überzahl in normale Einstufungen um; diese Einstufungen in Überzahl sind seinerzeit auf Grund besonderer Bestimmungen vorgenommen worden und sind nunmehr nach Erweiterung der Stellenpläne, wie sie von diesem Gesetzentwurf vorgesehen sind, nicht mehr gerechtfertigt.

Artikel 13 ist die Übergangsbestimmung die die allgemeinen Richtlinien festlegt, nach welchen das von der Region Trentino-Südtirol kommende Personal in die entsprechenden Stellenpläne des Landes eingestuft werden soll.

In den Artikeln 14, 15, 16, 17 und 18 sind Bestimmungen über die Einstufung in die Landesstellenpläne von jenen Bediensteten der Region festgelegt, welche eine besondere Stellung einnehmen; dabei werden die von ihnen bereits erworbenen Rechte sowie ihre derzeitige Besoldung auch weiterhin gewährleistet.

Artikel 19 sieht besondere Bestimmungen für die Einstufung des Regionalpersonals in den Sonderstellenplan der Forstunteroffiziere und Forstwachchen vor, setzt in der Beilage D zu diesem Gesetz die Gehälter fest und verweist für all das, was im selben Artikel nicht vorgesehen ist, auf die staatlichen Bestimmungen über das Personal des staatlichen Forstkorps.

Artikel 20 enthält Anpassungsbestimmungen für die Einstufung des Arbeiterpersonals der Region in die einfache Laufbahn des Sonderstellenplans der technischen Dienste des Landes. Die Bestimmungen ist zwangsläufig mit einer Angleichung verbunden und hat zur Folge, daß das genannte Personal in den ebenfalls erwähnten Stellenplan eingestuft wird, in welchem die Arbeiter der Provinz seit jeher eingestuft waren; dabei werden die bereits erworbenen Rechte und die Besoldung im bisherigen Umfang beibehalten. Die in diesem Artikel aufgezeigte Lösung ist auch nötig, um allfällige negative Auswirkungen und Inkongruenzen in Hinsicht auf andere Kategorien zu vermeiden.

Mit Artikel 21 wird eine zeitweilige Blockierung der in den höheren als den Anfangsrängen hinzugefügten Stellen verfügt, um auf diese Weise zu vermeiden, daß die neugeschaffenen Stellen durch Beförderungen des Landespersonals besetzt werden, noch bevor die Einstufung der Regionalbediensteten erfolgen kann; auf diese Weise ist gewährleistet, daß die neu eingestufteten Regionalbediensteten und die Landesbediensteten bei einer Verdienstvergleichsauswahl in der gleichen Lage sind.

Mit den Artikeln 22 und 23 werden die Bestimmungen hinsichtlich Laufbahnentwicklung, wie sie für die Landesbediensteten der höheren und gehobenen Laufbahn, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Landesgesetzes vom 21. Februar 1972, Nr. 4, im Dienst waren, vorgesehen sind, auch auf die neu-

eingestuften Regionalbediensteten angewandt, sofern diese zum selben Zeitpunkt bei der Region Trentino-Südtirol im Dienst gestanden haben.

Artikel 24 erlaubt eine Einstufung des Regionalpersonal in die Landesstellenpläne auch unabhängig von der Kenntnis der zweiten Sprache.

Artikel 25 dehnt alle Bestimmungen auf dem Gebiet der Ruhestandsbehandlung, wie diese für die Bediensteten des Landes vorgesehen sind, auf die in die Landesstellenpläne eingestuftten Bediensteten der Region aus.

Artikel 26 ermöglicht die Aufnahme in den Stellenplan von jenen Arbeitern, die bei der Landesverwaltung, und zwar im Bereich der Wildbachverbauung und der Forstdomänenverwaltung, als Tagesarbeiter im Dienst stehen und mit den aufgaben eines Vorarbeiters betraut sind; dabei wird ihnen die außerplanmäßige Dienstzeit in Hinsicht auf die Laufbahnentwicklung anerkannt.

Artikel 27 dehnt auf das in die Stellenpläne eingestufte Regionalpersonal alle für das Landespersonal geltenden Bestimmungen aus, sofern in diesem Gesetzentwurf keine eigenen Bestimmungen vorgesehen sind.

Artikel 28 führt die Mittel an, mit welchen die mit der Durchführung des Gesetzes zusammenhängenden Auslagen gedeckt werden.

Artikel 29 schließlich erklärt das Gesetz für dringend und besagt somit, daß es am Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft tritt.

Diese kurzen Erläuterungen zeigen auf, wie wichtig dieser Gesetzentwurf für den Übergang des Regionalpersonals in die Stellenpläne des Landes - und somit für die Beendigung einer nicht mehr tragbaren Situation - ist; ich vertraue somit darauf, daß Sie diesen Entwurf genehmigen.

(die Replik des Landeshauptmannes und die Rede der Landesräte Dalsass und Mayr sind nicht aufgenommen worden - la replica del Presidente della Giunta provinciale Magnago e gli interventi degli Assessori Dalsass e Mayr non sono stati registrati)

PRESIDENTE: Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato a maggioranza con un voto contrario.

Art. 1

Nelle tabelle organiche e parametriche, nonché nelle norme legislative e regolamentari, emanate dalla Provincia in materia di personale, le qualifiche di segretario di I. classe e di segretario principale, e qualifiche a queste equiparate, nell'ambito della carriera di concetto sono sostituite dalla qualifica di segretario principale ed equiparate, comprendente due classi di stipendio delle quali la prima corrisponde al parametro 260 e la seconda al parametro 302, mentre nell'ambito della carriera esecutiva le qualifiche di coadiutore di I. classe e di coadiutore principale, e qualifiche a queste equiparate, sono costituite dalla qualifica di coadiutore principale ed equiparate, con due classi di stipendio delle quali la prima

corrisponde al parametro 188 e la seconda al parametro 218, fermo restando il periodo di permanenza in ciascuno dei suddetti parametri previsto dalle norme vigenti.

Ai fini dell'ammissione agli scrutini per la promozione alle qualifiche di segretario capo, rispettivamente di coadiutore superiore ed equiparate, è richiesta la permanenza di due anni nella seconda classe di stipendio della qualifica di segretario principale e rispettivamente di un anno nella seconda classe di stipendio della qualifica di coadiutore principale ed equiparate.

Chi chiede la parola? Consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Chiedo la verifica del numero legale.

PRESIDENTE: Ci sono 17 consiglieri in aula. Pertanto sospendo la seduta e la aggiorno alle ore 15 del pomeriggio.

ORE 11.15 UHR

ORE 15.15 UHR

PRESIDENTE: Metto in votazione l'articolo 1: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 2

Il personale provinciale è collocato in ruolo in ordine di anzianità di qualifica, a pari anzianità di qualifica in ordine di anzianità di carriera, a pari anzianità di carriera in ordine di anzianità di servizio complessivamente maturata ed a parità anche di quest'ultima in ordine di età.

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'articolo 2: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 3

Le dotazioni organiche di cui ai sottospecificati ruoli compresi negli allegati A) e B) della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, e successive modifiche ed integrazioni, sono aumentate come qui di seguito indicato:

Ruolo amministrativo:

- n. 19 posti nella qualifica iniziale della carriera direttiva;
- n. 79 posti nella carriera di concetto;
- n. 144 posti nella carriera esecutiva;
- n. 21 posti nella carriera ausiliaria.

Ruolo speciale dei servizi tecnici:

- n. 5 posti nella carriera di concetto;
- n. 9 posti nella carriera esecutiva;

- n. 72 posti nella carriera ausiliaria.

Ruolo speciale dei servizi sociali:

- n. 20 posti nella carriera di concetto.

Ruolo speciale del Laboratorio provinciale d'igiene e profilassi:

- n. 1 posto di assistente biologo nella carriera direttiva - sezione medica;

- n. 3 posti nella carriera direttiva - sezione chimica;

- n. 3 posti nella carriera di concetto - sezione medica;

- n. 4 posti nella carriera di concetto - sezione chimica;

- n. 3 posti nella carriera esecutiva - sezione medica;

- n. 4 posti nella carriera esecutiva - sezione chimica.

Ruolo speciale dei servizi agrari:

- n. 1 posto nella qualifica di ispettore generale della carriera direttiva;

- n. 4 posti nella qualifica iniziale della carriera direttiva;

- n. 4 posti nella carriera esecutiva.

E' istituito altresì un posto di direttore generale nel ruolo speciale dei servizi agrari al quale sono connesse le funzioni di coordinatore dei servizi agrari e forestali.

In conseguenza degli aumenti di organico disposti dal primo comma, le dotazioni delle varie qualifiche nell'ambito delle carriere di concetto, esecutiva ed ausiliaria dei singoli ruoli vengono rideterminate ai sensi degli artt. 12 e 17 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4.

Chi chiede la parola sull'articolo 3? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 4

Per l'espletamento delle funzioni inerenti ai servizi forestali e idraulico-forestali é istituito il ruolo speciale dei servizi forestali con le dotazioni organiche, per le carriere direttiva e di concetto, indicate nella tabella A) annessa alla presente legge.

Per l'accesso alla carriera direttiva del ruolo speciale di cui al precedente comma é richiesto uno dei seguenti titoli di studio: laurea in scienze forestali, laurea in ingegneria idraulica, laurea in scienze naturali.

Per l'accesso alla carriera di concetto del ruolo speciale dei servizi forestali é richiesto uno dei seguenti titoli di studio: diploma di geometra, diploma di perito agrario, diploma di agrotecnico.

I singoli bandi dovranno stabilire di volta in volta i titoli di studio specifici richiesti per i posti messi a concorso.

Gli impiegati delle carriere direttiva e di concetto del ruolo speciale dei servizi forestali istituito con il presente articolo e quelli dei servizi forestali istituito con il presente articolo e quelli del ruolo speciale dei sottufficiali e guardie forestali, di cui all'art. 11 della legge provinciale 7 settembre 1973, n. 33, in quanto incaricati della ricerca e

dell'accertamento di determinate specie di reati nei limiti del servizio cui sono destinati e secondo le attribuzioni ad essi conferite dalle leggi e dai regolamenti in vigore, sono considerati ufficiali o agenti di polizia giudiziaria, ai sensi dell'ultimo comma dell'art. 221 del Codice di procedura penale.

Chi chiede la parola sull'articolo 4? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con una astensione.

Art. 5

E' istituito il ruolo speciale dei trasporti con le dotazioni organiche, per le carriere direttiva e di concetto, indicate nella tabella B) annessa alla presente legge.

Per l'accesso alla carriera direttiva del ruolo speciale dei trasporti é richiesto uno dei seguenti titoli di studio: laurea in ingegneria civile - sottosezione trasporti -, laurea in ingegneria meccanica, laurea in ingegneria elettrotecnica, laurea in ingegneria elettronica e diploma di abilitazione all'esercizio della professione di ingegnere o, nei casi consentiti dalla legge, certificato di abilitazione provvisoria all'esercizio professionale.

Per l'accesso alla carriera di concetto del ruolo speciale dei trasporti é richiesto uno dei seguenti titoli di studio: diploma di geometra, diploma di perito industriale.

I singoli bandi dovranno indicare di volta in volta i titoli di studio richiesti per i posti messi a concorso.

Il personale amministrativo delle carriere direttiva e di concetto addetto al servizio dei trasporti svolge tutti i compiti di carattere giuridico-amministrativo concernenti gli interventi provinciali nel settore dei trasporti, i rapporti con i concessionari e con gli operatori del settore, nonché la vigilanza ed il controllo nella materia di trasporti attribuita per legge alla Provincia.

Il personale tecnico svolge le funzioni tecniche con mansioni di vigilanza e di controllo, sotto il profilo della sicurezza in materia dei trasporti e cura l'espletamento di tutti i compiti di carattere tecnico relativi agli interventi provinciali nel settore.

Il personale addetto all'attuazione del piano dei trasporti cura l'attuazione del relativo piano provinciale e la politica tariffaria, attende alla preparazione dei documenti programmatici, predispone gli interventi relativi sia alla politica di investimento che di gestione dei servizi di trasporto pubblico, cura il servizio statistico finalizzandolo al controllo tecnico, economico e finanziario dei trasporti.

Gli impiegati addetti al servizio dei trasporti, in quanto incaricati di ricercare ed accertare reati previsti dalle leggi in materia di trasporti, sono considerati ufficiali o agenti di polizia giudiziaria ai sensi dell'ultimo comma dell'art. 221 del Codice di procedura penale. Detti impiegati

hanno diritto alla libera circolazione su tutte le linee ed impianti di trasporto concessi dalla Provincia.

Chi chiede la parola sull'articolo 5? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 6

Il personale tecnico addetto al servizio delle cave e delle miniere esercita le funzioni ed i compiti derivantigli dal D.P.R. 9 aprile 1959, n. 128, e dalle altre norme statali e provinciali vigenti in materia mineraria.

Gli impiegati di cui al precedente comma, nei limiti del servizio cui sono destinati e secondo le attribuzioni ad essi conferite dal D.P.R. sono considerati ufficiali di polizia giudiziaria, ai sensi dell'ultimo comma dell'art. 221 del Codice di procedura penale.

Chi chiede la parola sull'articolo 6? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 7

Nell'ambito del ruolo speciale dei servizi sociali é istituita la carriera direttiva con le dotazioni organiche indicate nella tabella C) annessa alla presente legge.

Per l'accesso alla carriera direttiva del ruolo speciale dei servizi sociali é richiesta la laurea in sociologia oppure altra laurea unita ad un certificato di qualificazione professionale rilasciato da una scuola biennale o triennale di servizio sociale.

Chi chiede la parola sull'articolo 7? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 8

Con l'entrata in vigore della presente legge il limite all'assunzione di personale temporaneo per esigenze di servizio, fissato dal primo comma dell'art. 26 della legge provinciale 3 luglio 1959, n. 6, modificato dal primo comma dell'art. 1 della legge provinciale 2 marzo 1973, n. 9, é ridotto al 10% di ogni singolo ruolo e carriera.

La facoltà di assumere personale provvisorio secondo il disposto di cui al primo e secondo comma dell'art. 5 della legge provinciale 11 gennaio 1975, n. 1, é estesa a tutti i ruoli provinciali.

(Die Rede des Abg. Stecher ist nicht aufgenommen worden - l'intervento del consigliere Stecher non é stato registrato)

Chi chiede la parola sull'articolo 8? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 9

Un sesto dei posti annualmente disponibile nella qualifica iniziale delle carriere direttiva, di concetto ed esecutiva dei singoli ruoli organici, é conferito mediante concorso per esami alla qualifica iniziale, da indirsi entro il mese di febbraio di ogni anno e riservato al personale provinciale di ruolo in possesso del prescritto titolo di studio richiesto per l'accesso alle rispettive carriere. La frazione di posto si computa come posto intero.

Il computo dei posti riservati ai passaggi di carriera ai sensi del precedente comma ha luogo sulla base delle vacanze esistenti alla data del 1. gennaio di ogni anno.

Ai concorsi previsti dal presente articolo si applicano, in quanto applicabili, le norme in vigore per i concorsi pubblici di ammissione alle singole carriere.

I vincitori che al termine del periodo di prova non riportino un giudizio favorevole sono restituiti al ruolo e carriera di provenienza.

Chi chiede la parola sull'articolo 9? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 10

Al personale della carriera ausiliaria dei vari ruoli incaricato di svolgere mansioni di coordinamento del servizio commessi, del servizio telefonico, del servizio degli agenti tecnici od operai addetti alla manutenzione del patrimonio provinciale o di esercitare mansioni di capoefficina o di capautorimessa o di capo di squadre di operai nei vivai forestali, nei cantieri di lavori forestali o idraulico-forestali o idraulici o dell'azienda foreste demaniali o nei magazzini di deposito e nei cantieri di lavoro del servizio costruzione e manutenzione strade provinciali e comunali, é corrisposta, per la durata dell'incarico, un'indennità non pensionabile nell'ammontare mensile di lire 35.000.

L'incarico dello svolgimento delle mansioni di cui al precedente comma é conferito con deliberazione della Giunta provinciale, su proposta dell'Assessore competente, ad un numero di dipendenti comunque non superiore ad 80, previa ripartizione del contingente tra i servizi previsti nel precedente comma.

I dipendenti investiti dei compiti di cui al primo comma, addetti ai servizi forestali, idraulico-forestali, idraulici e dell'azienda foreste demaniali, sono considerati agenti di polizia giudiziaria, ai sensi dell'ultimo comma dell'art. 221 del Codice di procedura penale.

Chi chiede la parola sull'articolo 10? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 11

Ai dipendenti provinciali con almeno 20 anni di servizio può essere concesso in casi eccezionali, a richiesta, un acconto "una tantum" sull'indennità di buonuscita a carico della Provincia, prevista dall'art. 46 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, di importo non superiore alle rate maturate all'atto della concessione.

La concessione dell'acconto è subordinata al parere favorevole del Consiglio di amministrazione del personale, il quale valuta, in base a modalità e criteri da fissarsi con deliberazione della Giunta provinciale, l'opportunità dell'accoglimento della domanda e propone l'ammontare dell'acconto. L'importo di detto acconto viene detratto dalla liquidazione definitiva spettante all'atto della cessazione dal servizio.

La concessione degli acconti di cui alla presente norma ha luogo entro i limiti di apposito stanziamento che sarà iscritto annualmente nel bilancio di previsione della Provincia.

Chi chiede la parola sull'articolo 11? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Norme transitorie e finali

Art. 12

Con l'ampliamento degli organici, ai sensi della presente legge, le posizioni soprannumerarie nelle singole qualifiche esistenti per effetto dell'art. 70 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, dell'art. 11 della legge provinciale 11 gennaio 1975, n. 1, dell'articolo 29 della legge provinciale 3 novembre 1975, n. 53, e dell'art. 8 della legge provinciale 17 maggio 1976, n. 11, sono soppresse ed il relativo personale va ad occupare i posti vacanti nelle rispettive qualifiche.

Chi chiede la parola sull'articolo 12? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 13

Il personale di ruolo della Regione Trentino-Alto Adige che, a norma dell'art. 111 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, viene trasferito alla Provincia autonoma di Bolzano, è inquadrato nelle corrispondenti carriere, qualifiche, classi di stipendio e parametri dei rispettivi ruoli provinciali e conserva nella qualifica e parametro di inquadramento, a tutti gli effetti, l'anzianità di servizio maturata o comunque riconosciuta, anche se ai soli fini economici, in quelli di provenienza salvo quanto disposto dai successivi articoli.

L'inquadramento è disposto occorrendo anche in soprannumero alle dotazioni organiche delle singole qualifiche con collocazione in ruolo al posto spettante in base alle anzianità previste nel precedente art. 2 e decorre in ogni caso dalla data indicata nel relativo decreto di trasferimento del Presidente della Giunta regionale.

In corrispondenza di eventuali inquadramenti in soprannumero in qualifiche superiori a quelle iniziali sono resi indisponibili altrettanti posti nelle qualifiche iniziali dei rispettivi ruoli e carriere.

Il personale della carriera direttiva collocato in posizione soprannumeraria nelle qualifiche di ispettore generale e di direttore di divisione ed equiparate, cessa da tale posizione solo per effetto di promozione alla qualifica superiore o in seguito all'incarico della dirigenza di un ufficio dello stesso livello gerarchico della qualifica rivestita.

Al personale regionale inquadrato, ai sensi della presente legge, nei ruoli provinciali è in ogni caso assicurato, mediante l'attribuzione degli aumenti periodici strettamente necessari, un trattamento economico complessivo annuo lordo di importo uguale o immediatamente superiore a quello in godimento nel ruolo di provenienza.

Chi chiede la parola sull'articolo 13? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 14

I dirigenti generali ed i dirigenti superiori dei ruoli regionali sono inquadrati, occorrendo anche in soprannumero, rispettivamente nella qualifica di direttore generale e di ispettore generale dei corrispondenti ruoli provinciali con l'attribuzione del relativo stipendio onnicomprensivo, previsto dalle vigenti norme provinciali, conservando gli aumenti periodici in godimento e l'anzianità acquisita nella qualifica di provenienza.

I primi dirigenti ed i direttori aggiunti di divisione, ed equiparati, dei ruoli regionali sono inquadrati, occorrendo anche in soprannumero, nella qualifica di direttore di divisione, ed equiparate, dei corrispondenti ruoli provinciali con l'attribuzione della classe di stipendio spettante in relazione all'anzianità pari a quella complessivamente maturata o comunque riconosciuta nelle qualifiche di primo dirigente e delle preesistenti qualifiche di ispettore generale ad esaurimento, di direttore di divisione ad esaurimento e di direttore di divisione, rispettivamente di direttore aggiunto di divisione e qualifiche a queste equiparate. L'anzianità eccedente quella richiesta per la classe conferita è utile ai fini dell'attribuzione degli aumenti periodici nella classe raggiunta e della successiva classe.

In ogni caso è assicurato, mediante il conferimento di aumenti periodici nella classe attribuita, un trattamento economico annuo lordo comprensivo dell'assegno perequativo, di importo pari o immediatamente superiore a quello in godimento nei ruoli di provenienza tenuto conto, ai fini del computo del trattamento economico annuo lordo, anche della tredicesima mensilità.

I direttori di sezione ed i consiglieri, ed equiparati, sono inquadrati nelle corrispondenti qualifiche con l'attribuzione del relativo stipendio ed il riconoscimento, ai fini giuridici ed economici, dell'anzianità maturata nelle qualifiche di provenienza.

L'anzianità eccedente quella richiesta, secondo l'ordinamento provinciale, per il conseguimento della qualifica di direttore di sezione ed equiparate, è considerata utile a tutti gli effetti in quest'ultima qualifica.

Chi chiede la parola sull'articolo 14? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 15

I segretari principali ed i coadiutori principali, ed equiparati, dei ruoli regionali che, alla data dalla quale ha effetto l'inquadramento nei ruoli provinciali, fruiscono del trattamento economico corrispondente rispettivamente al parametro 370 ed al parametro 245, in virtù dell'art. 52 della legge regionale 26 aprile 1972, n. 10, sono inquadrati, occorrendo anche in soprannumero, nelle qualifiche rispettivamente di segretario capo e di coadiutore superiore ed equiparate, dei ruoli provinciali conservando l'anzianità economica e gli aumenti periodici di stipendio maturati nei predetti parametri nel ruolo di provenienza.

I segretari ed equiparati dei ruoli regionali sono inquadrati nella medesima qualifica dei rispettivi ruoli provinciali con l'attribuzione della classe di stipendio corrispondente al parametro in atto e conservando, ad ogni effetto, l'anzianità maturata o comunque riconosciuta nella qualifica e parametro di provenienza. L'anzianità eccedente quella richiesta, secondo le norme provinciali vigenti, per il conferimento della seconda classe di stipendio della qualifica di segretario ed equiparate, è utile ad ogni effetto nella seconda classe della qualifica medesima.

Chi chiede la parola sull'articolo 15? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 16

I commessi capo ed equiparati, che nei ruoli regionali godono della classe di stipendio corrispondente al parametro 168 sono inquadrati nella qualifica di commesso capo ed equiparate, con l'attribuzione della classe di stipendio corrispondente al parametro 172 conservando a tutti gli effetti l'anzianità acquisita e gli aumenti biennali spettanti nel parametro di provenienza.

I commessi dei ruoli regionali sono inquadrati nella medesima qualifica del relativo ruolo provinciale con l'attribuzione della classe di stipendio corrispondente al parametro in atto conservando, ad ogni effetto, l'anzianità maturata o comunque riconosciuta nella qualifica e parametro di provenienza. L'anzianità eccedente quella richiesta, secondo l'ordinamento provinciale, per il conferimento della seconda classe di stipendio della qualifica di commesso è utile ad ogni effetto nella seconda classe della medesima qualifica.

Chi chiede la parola sull'articolo 16? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 17

Il personale regionale direttivo e di concetto appartenente al ruolo speciale della regioneria é inquadrato, occorrendo anche in soprannumero, nelle corrispondenti carriere, qualifiche e parametri del ruolo provinciale amministrativo.

Il personale regionale delle carriere direttiva e di concetto appartenente al ruolo del personale tecnico delle miniere é inquadrato, occorrendo anche in soprannumero, nell corrispondenti carriere e qualifiche e parametri del ruolo speciale dei servizi tecnici.

Il dirigente superiore del ruolo regionale del personale tecnico della caccia, della pesca e della protezione della natura é inquadrato, occorrendo anche in soprannumero, nella qualifica di ispettore generale della carriera direttiva del ruolo speciale dei servizi forestali.

Il personale della carriera esecutiva del ruolo regionale del personale tecnico dei lavori pubblici é inquadrato nella corrispondente carriera, qualifica e parametro del ruolo speciale dei servizi agrari.

L'inquadramento del personale di cui ai precedenti commi ha luogo applicando le norme transitorie contenute nella presente legge.

Chi chiede la parola sull'articolo 17? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 18

Il personale regionale con qualifica di preparatore capo della carriera ausiliaria del ruolo speciale del personale tecnico della sperimentazione é inquadrato nella qualifica iniziale della carriera esecutiva del ruolo speciale dei servizi fitopatologici della Provincia, purché abbia conseguito l'idoneità nell'esame sostenuto presso l'Amministrazione regionale per il passaggio alla carriera superiore e sia in possesso del titolo di studio richiesto. Al medesimo personale é riconosciuto il servizio prestato nella carriera inferiore fino ad un massimo di anni sei.

Chi chiede la parola sull'articolo 18? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 19

Il personale del ruolo speciale dei sottufficiali e guardie forestali della Regione Trentino-Alto Adige che, a norma dell'art. 111 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, viene trasferito alla Provincia, é inquadrato, occorrendo anche in soprannumero, nei gradi, conservando il grado di provenienza, nonché l'anzianità giuridica ed economica e gli aumenti biennali spettanti nello stesso.

Al personale di cui al precedente comma, nonché al personale forestale dello stesso ruolo, assunto mediante concorsi pubblici banditi dall'Amministrazione provinciale spetta il trattamento economico corrispondente ai parametri indicati nella tabella D) allegata alla presente legge, oltre all'assegno perequativo previsto dalla legge 27 ottobre 1973, n. 628, all'indennità integrativa speciale, alle quote di aggiunta di famiglia e all'indennità di missione nelle misure previste per il personale provinciale. Il valore del punto parametrico corrisponde a quello in vigore per i dipendenti provinciali previsto dal secondo comma dell'art. 24 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4.

Ferma restando la misura del 2,50% per gli aumenti biennali comunque spettanti, per ogni biennio di permanenza nel grado viene attribuito un aumento nella misura dell'1%. A tali aumenti si applicano tutte le norme relative agli aumenti biennali previste dall'art. 1 del D.P.R. 28 dicembre 1970, n. 1079.

Fino a quando non sarà diversamente disciplinato con legge provinciale, nei confronti del personale appartenente al ruolo speciale dei sottoufficiali e guardie forestali continuano a trovare applicazione, per quanto non disposto nei precedenti commi, relativamente allo stato giuridico ed al trattamento economico, le disposizioni vigenti per il personale del corpo forestale dello Stato.

Chi chiede la parola sull'articolo 19? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 20

Il personale regionale del ruolo operaio è inquadrato, occorrendo anche in soprannumero alle dotazioni organiche delle singole qualifiche, nella carriera ausiliaria del ruolo provinciale dei servizi tecnici, secondo le disposizioni di seguito indicate.

I capisquadra di prima e di seconda classe, i capioperai e gli operai specializzati, i quali nel ruolo regionale fruiscono dello stipendio connesso al parametro 210 o a quello 190, sono inquadrati nella qualifica di agente tecnico capo con l'attribuzione della classe di stipendio corrispondente al parametro 188.

Gli operai qualificati che nel ruolo regionale fruiscono dello stipendio connesso al parametro 173 sono inquadrati nella qualifica di agente tecnico capo con l'attribuzione della classe di stipendio corrispondente al parametro 172.

Gli operai qualificati e gli operai comuni che nel ruolo regionale fruiscono dello stipendio connesso al parametro 146 rispettivamente al parametro 153 o a quello 133 sono inquadrati nella qualifica di agente tecnico con l'attribuzione della classe di stipendio corrispondente al parametro 143.

Il personale operaio, inquadrato in base alle disposizioni del presente articolo, conserva, ai fini della progressione giuridica ed economica in

carriera, l'anzianità maturata o comunque riconosciuta nelle qualifiche e nei parametri di provenienza. Al personale medesimo è assicurato mediante l'attribuzione degli aumenti periodici strettamente necessari, uno stipendio annuo lordo di importo pari o immediatamente superiore a quello in godimento all'atto del passaggio alla Provincia.

Chi chiede la parola sull'articolo 20? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Su proposta degli Assessori Dalsass e Rubner viene presentato il seguente nuovo articolo:

Art. 20/bis

Nei primi due anni e limitatamente alla carriera direttiva la riserva dei posti di cui al precedente art. 9 è aumentata ad un terzo.

(Die Rede des Abg. Sfondrini und des L.R. Dalsass sind nicht aufgenommen worden - Gli interventi del consigliere Sfondrini e dell'Assessore Dalsass non sono stati registrati)

Chi chiede la parola sull'articolo 20/bis? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 21

I posti portati in aumento nelle qualifiche superiori a quelle iniziali in virtù del precedente art. 3 non sono conferibili mediante promozioni fino a quando non sarà stato effettuato l'inquadramento del personale della Regione Trentino-Alto Adige, trasferito alla Provincia autonoma di Bolzano, a norma dell'art. 111 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670.

Chi chiede la parola sull'articolo 21? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 22

I benefici previsti dall'art. 61 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, trovano applicazione nei confronti del personale regionale della carriera direttiva, inquadrato nei ruoli provinciali in base alla presente legge, purché lo stesso risulti essere stato in servizio presso la Regione Trentino-Alto Adige alla data di entrata in vigore della succitata legge.

Chi chiede la parola sull'articolo 22? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 23

I benefici previsti dagli artt. 62 e 63 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, sono applicati al personale della carriera di concet-

to, inquadrato nei ruoli provinciali ai sensi della presente legge, purché lo stesso risulti essere stato in servizio, alla data di entrata in vigore della suddetta legge, presso la Regione Trentino-Alto Adige.

Chi chiede la parola sull'articolo 23? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 24

Per gli inquadramenti del personale della Regione Trentino-Alto Adige nei ruoli provinciali, ai sensi della presente legge, si prescinde dal requisito di cui all'art. 29 della legge provinciale 3 luglio 1959.

Chi chiede la parola sull'articolo 24? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 25

Tutti i benefici in materia pensionistica, previsti dalla legislazione provinciale in favore dei propri dipendenti, compreso quello di cui all'art. 72 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, sostituito con l'art. 19 della legge provinciale 12 febbraio 1976, n. 7, sono estesi al personale regionale inquadrato nei ruoli provinciali, ai sensi delle norme transitorie della presente legge per il complesso dei servizi resi alla Regione ed alla Provincia, purché ricongiungibili ai sensi della vigente normativa in materia.

Chi chiede la parola sull'articolo 25? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 26

Gli operai giornalieri in servizio, alla data di entrata in vigore della presente legge, presso l'Amministrazione provinciale, l'azienda speciale per la regolazione dei corsi d'acqua e la difesa del suolo e l'azienda amministrativa foreste e demanio, che svolgono mansioni di sorveglianza dei lavori di sistemazione idraulico-forestale dei bacini montani, di rimboschimento, di miglioramento del patrimonio forestale e nei vivai forestali, nonché di utilizzazione in economia dei prodotti del demanio forestale o che prestano la loro opera per la manutenzione del materiale, dell'attrezzatura e del macchinario in dotazione ai cantieri di lavoro delle suddette aziende, possono essere inquadrati, prescindendo anche dai limiti di età, a domanda, purché abbiano maturato almeno un anno di servizio, anche discontinuo, e siano ritenuti meritevoli per attitudine e rendimento, nella qualifica iniziale della carriera ausiliaria del ruolo speciale dei servizi tecnici nei limiti di 25 unità nell'ambito dei posti rimasti disponibili dopo l'inquadramento del personale operaio della Regione Trentino-Alto Adige trasferito alla Provincia.

All'inquadramento si provvede con deliberazione della Giunta provinciale sulla base di una dichiarazione del capoufficio attestante l'effettivo esercizio delle mansioni e l'idoneità per merito, attitudine e rendimento di cui al precedente comma.

Il periodo di servizio, anche discontinuo, prestato in qualità di operaio giornaliero presso le Amministrazioni regionale e provinciale nonché presso le aziende di cui al primo comma, é riconosciuto per intero ai fini della progressione giuridica ed economica in carriera.

(Die Rede des Abg. Sfondrini und des L.R. Dalsass sind nicht aufgenommen worden - Gli interventi del consigliere Sfondrini e dell'Assessore Dalsass non sono stati registrati)

SFONDRINI (PSI): Chiedo una breve sospensione della seduta.

PRESIDENTE: Va bene. La seduta é sospesa per 10 minuti.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Il consigliere Sfondrini ha presentato un emendamento soppressivo dell'articolo.

(Die Rede des L.R. Dalsass und der Abg. Mitolo und Sfondrini sind nicht aufgenommen worden - Gli interventi dell'Assessore Dalsass e dei consiglieri Mitolo e Sfondrini non sono stati registrati)

PRESIDENTE: Dichiaro che mi asterró sull'emendamento e sull'articolo.

Chi chiede ancora la parola sull'emendamento soppressivo? Nessuno. Lo pongo in votazione: respinto a maggioranza con 2 voti favorevoli e 3 astensioni. Chi chiede la parola sull'articolo 26? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 voti contrari e una astensione.

Art. 27

Per quanto non diversamente disposto dalla presente legge trovano applicazione le norme in vigore per il personale della Provincia.

Chi chiede la parola sull'articolo 27? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimitá.

Art. 28

Alla copertura delle spese a carico dell'esercizio finanziario 1977 e successivi per l'attuazione della presente legge, si provvede come segue:

a) alla spesa per l'inquadramento del personale regionale già a disposizione della Provincia, si fa fronte con la cessazione dell'onere a carico del-

l'esercizio finanziario 1976 in attuazione del disposto dell'art. 52 del D.P.R. 1 febbraio 1973, n. 49;

- b) alla spesa derivante dall'aumento delle dotazioni organiche oltre la misura necessaria per il suddetto inquadramento del personale regionale, si fa fronte sia con la cessazione degli oneri relativi alle posizioni soprannumerarie previste dalle leggi provinciali indicate all'art. 12 della presente legge, sia con la cessazione degli oneri per il personale temporaneo assunto ai sensi dell'art. 26 della legge provinciale 3 luglio 1959, n. 6, e successive modifiche, il quale, essendo in possesso dei requisiti di cui all'art. 4 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, sarà inquadrato nei ruoli provinciali;
- c) alla spesa per l'attuazione di quanto disposto agli artt. 8, 10 e 11 della presente legge, valutata in lire 350 milioni, si provvede con una quota di pari importo delle maggiori disponibilità di bilancio derivanti dalla cessazione dell'onere di lire 400 milioni iscritto al cap. 4565 del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1976 a seguito dell'autorizzazione di cui all'art. 5 della legge provinciale 1 luglio 1976, n. 22.

Chi chiede la parola sull'articolo 28? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 29

La presente legge é dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua applicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Chi chiede la parola sull'articolo 29? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 20 voti favorevoli e 2 astensioni.

(Die Stimmabgaberklärungen der Abg. Mitolo, Mognoni und Achmüller sind nicht aufgenommen worden - Le dichiarazioni di voti dei consiglieri Mitolo, Mognoni e Achmüller non sono state registrate)

Chi chiede ancora la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Prego distribuire le schede

(votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: 20 schede consegnate, 20 sí, 2 no. La legge é approvata.

Impugnazione dell'articolo 3 della legge 24.12.1976, n. 898: "Nuova regolamentazione delle servitù militari".

**Anfechtung des Artikels 3 des Gesetzes vom 24.12.1976, Nr. 898:
"Neuregelung der Militärservituten".**

La Giunta provinciale,

visto l'art. 3 della legge 24 dicembre 1976, n. 898, concernente la "nuova regolamentazione delle servitù militari", pubblicata nella Gazzetta Ufficiale n. 8 dell'11 gennaio 1977;

ritenuto che le disposizioni in esso contenute violino le competenze legislative e amministrative attribuite alla Provincia autonoma di Bolzano nelle materie di cui all'art. 8, n.ri 3, 5, 6 e 22 dello Statuto speciale di autonomia nel testo approvato con D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, nonché le norme di attuazione dello Statuto stesso contenute nel D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381, in particolare gli articoli 1, 19, 20, 21 e 22;

ritenuto pertanto di dover impugnare la predetta norma innanzi alla Corte Costituzionale e di avvalersi, stante l'urgenza del caso, del potere di cui all'art. 54, n. 7 dello Statuto speciale;

visti gli artt. 98 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670 e 32 della legge 11 marzo 1953, n. 87,

ad unanimità di voti, espressi in modo palese,
delibera:

- a) di impugnare davanti alla Corte costituzionale l'art. 3 della legge 24 dicembre 1976, n. 898, concernente la "nuova regolamentazione delle servitù militari" per violazione degli artt. 8, numeri 3), 5), 6) e 22); 16, l. comma, del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, e relative norme di attuazione di cui al D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381, in particolare articoli 1, 19, 20, 21 e 22;
- b) di affidare la rappresentanza e la difesa della Provincia autonoma di Bolzano nel relativo procedimento innanzi alla Corte Costituzionale al prof. avv. Giuseppe Guarino di Roma, e di eleggere domicilio presso lo stesso in piazza Borghese 3;
- c) di autorizzare il Presidente della Giunta provinciale a rilasciare al sunnominato professionista le occorrenti procure;
- d) di liquidare al prof. avv. Giuseppe Guarino l'importo di lire 336.000, comprensivo di IVA, a titolo di acconto per spese legali, e di imputare la relativa spesa sul capitolo del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1977, corrispondente al capitolo 90 del bilancio per l'esercizio 1976, con l'osservanza dei limiti derivanti dalla gestione dell'esercizio provvisorio;
- e) di riservare ad altro provvedimento la liquidazione definitiva delle spese, competenze ed onorari in favore del prof. avv. Giuseppe Guarino;
- f) di trasmettere copia della presente deliberazione al Presidente del Consiglio provinciale affinché venga sottoposto per la ratifica al Consiglio stesso, nella sua prima riunione successiva, ai sensi e per gli effetti di cui all'art. 54, n. 7 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670.

Der Landesausschuß,

nach Einsichtnahme in den Art. 3 des Gesetzes vom 24. Dezember 1976, Nr. 898, betreffend die "Neuregulierung der Militärservituten", veröffentlicht im Gesetzesanzeiger Nr. 8 vom 11 Januar 1977;

erachtet, daß die darin enthaltenen Bestimmungen die Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten, die der Autonomen Provinz Bozen auf den in dem Art. 8, Nr. 3), 5), 6) und 22) des Autonomiestatutes im Text gemäß D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670 angeführten Gebieten zuerkannt worden sind, sowie die Durchführungsbestimmungen des D.P.R. 22 März 1974, Nr. 381 und insbesondere die Artikel 1, 19, 20, 21 und 22 verletzen;

nach Dafürhalten, daß das genannte Gesetz deswegen vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten ist und zwar in Anwendung der im Art. 54, Nr. 7 des Autonomiestatutes vorgesehenen Befugnis angesichts der Dringlichkeit der Angelegenheit;

nach Einsichtnahme in Art. 98 des D.P.R. 31. August 1972, Nr. 670 und Art. 32 des Gesetzes vom 11. März 1953, Nr. 87,

beschließt

mit Stimmeneinhelligkeit, abgegeben durch Handaufheben,

- a) vor dem Verfassungsgerichtshof den Art. 3 des Gesetzes vom 24.12.1976, Nr. 898, betreffend die "Neuregulierung der Militärservituten" wegen Verletzung der Art. 8, Nr. 3), 5), 6) und 22); 16, 1. Absatz des D.P.R. vom 31.8.1972, Nr. 670 und der bezüglichen Durchführungsbestimmungen gemäß D.P.R. vom 22. März 1974, Nr. 381, und insbesondere der Art. 1, 19, 20, 21 und 22, anzufechten;
- b) die Vertretung und Verteidigung der Autonomen Provinz Bozen in dem Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof an Prof. Adv. Giuseppe Guarino aus Rom zu übertragen und das Domizil bei demselben in Rom, Piazza Borghese Nr. 3, zu benennen;
- c) den Präsidenten des Landesausschusses zu ermächtigen, dem vorgenannten Anwalt die notwendigen Vollmachten zu erteilen;
- d) zugunsten des Prof. Adv. Giuseppe Guarino den Betrag von Lire 336.000 einschließlich M.W.St. als Vorschuß für die Prozeßkosten zu liquidieren und die entsprechende Ausgabe auf Kapitel des Haushaltsvoranschlags 1976 entspricht, zu buchen, unter Berücksichtigung der durch die provisorische Haushaltsgebarung bedingten Grenzen;
- e) die endgültige Liquidierung der Kosten, Gebühren und Honorare zugunsten des Prof. Adv. Giuseppe Guarino mit einem späteren Beschluß vorzunehmen;
- f) eine Abschrift dieses Beschlusses an den Präsidenten des Landtages weiterzuleiten, damit der dem Landtag bei der ersten darauffolgenden Sitzung im Sinne des Art. 54, Nr. 7 des D.P.R. Nr. 670 vom 31. August 1972 zur Ratifizierung unterbreitet werde.

Il Consiglio provinciale,
nella seduta del 16.2.1977,

vista ed esaminata la deliberazione della Giunta provinciale n. 373 del 31.1.1977, adottata in via d'urgenza ai sensi dell'art. 54, n. 7 del vigente Statuto di Autonomia, avente per oggetto: "Impugnazione dell'art. 3

della legge 24.12.1976, n. 898, concernente 'nuova regolamentazione delle servitù militari' (N. 288);

visto l'art. 98 del vigente Statuto di Autonomia;

ritenuti validi tutti motivi addotti a sostegno della detta impugnazione;

visto l'art. 32 della legge 11.3.1953, n. 87;

delibera

di ratificare ai sensi e per gli effetti di cui all'art. 54 n. 7 del vigente Statuto di autonomia, l'operato della Giunta provinciale così come posto in essere con la deliberazione citata nelle premesse.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione la ratifica: approvata all'unanimità.

La seduta è tolta.

ORE 17.05 UHR

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE 1977

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 117ª seduta tenuta a BOLZANO il giorno 16 febbraio 1977
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Prof. Decio Mognoni
Dott. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth
Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI
Abwesende ABGEORDNETE :

dott. Alfons Benedikter (giust.)
Willi Erschbaumer (giust.)
dott. Anselmo Gouthier (giust.)
Gaetano Marcon (giust.)
dott. Erich Müller (giust.)
Ass. Fabio Rella (giust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire nella trattazione dell'ordine del giorno del 15 febbraio u.sc., al quale é stato aggiunto il seguente nuovo punto:

- 4) Disegno di legge provinciale n. 204/76: "Disciplina delle commissioni di controllo e di collocamento al lavoro - norme per le qualifiche e per l'inquadramento nelle categorie professionali - norme per le categorie di lavoratori altamente specializzati".

La seduta inizia alle ore 9.45.

In apertura dei lavori il Presidente dá lettura di un telegramma pervenutogli dal sindacato del personale regionale.

Si riprende quindi la discussione generale sul disegno di legge provinciale n. 206/77: "Norme concernenti il passaggio del personale della Regione Trentino-Alto Adige nei ruoli della Provincia autonoma di Bolzano e modifiche al vigente ordinamento del personale".

Il Presidente della Giunta Magnago prende posizione sugli interventi degli oratori che lo hanno preceduto. Egli sottolinea soprattutto il fatto, che l'Amministrazione provinciale, con il continuo passaggio di nuove competenze é costretta ad assumere costantemente nuovo personale, il che comporta numerosi problemi di carattere amministrativo, politico e sindacale.

Pur convenendo che il nuovo ordinamento degli uffici é urgente ed importante, egli osserva che non avrebbe molto senso approvare il medesimo fintantoché l'Amministrazione provinciale non si é assunta tutte le competenze e tutto il personale che le spetta. Concludendo, il Presidente Magnago dichiara che l'ordinamento degli uffici non deve assolutamente venire considerato un toccasana.

L'Assessore Dalsass illustra alcune questioni tecniche in materia di personale sollevate in sede di discussione generale.

L'Assessore Mayr prende posizione su alcuni punti sollevati dal consigliere Achmüller, riguardanti gli addetti al settore dei bacini montani.

Il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con 1 voto contrario.

Il Presidente pone in votazione l'art. 1. Il consigliere Mitolo chiede la verifica del numero legale, e, data la presenza di soli 17 consiglieri, il Presidente aggiorna la seduta alle ore 15 del pomeriggio.

La seduta antimeridiana termina alle ore 11.15.

La seduta pomeridiana inizia alle ore 15.15.

All'appello nominale sono assenti i consiglieri:

- 1) dott. Alfons Benedikter (giust.)
- 2) dott. Armando Bertorelle (ingiust.)
- 3) Willi Erschbaumer (giust.)
- 4) dott. Anselmo Gouthier (giust.)

- 5) dott. Egmont Jenny (ingiust.)
- 6) dott. Erich Müller (giust.)
- 7) Ass. Fabio Rella (giust.)
- 8) Alfons Rigott (ingiust.)
- 9) dott. Karl Vaja (giust.)

Artt. 1 e 2: approvati senza discussione a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 3: approvato senza discussione a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 4: tanto un emendamento presentato dalla Giunta, a firma Dalsass e Rubner, quanto l'articolo così modificato vengono approvati a maggioranza con un'astensione.

Artt. 5 e 6: approvati senza discussione a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 7: approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Art. 8: nel prendere posizione su questo articolo, il consigliere Stecher osserva che è evidente che la maggioranza non è disposta ad accettare emendamenti di alcun genere e che ha volutamente evitato di avere un dialogo diretto con i rappresentanti del personale. Egli dichiara altresì che gli suona nuovo quanto affermato dal Presidente Magnago e più precisamente che l'ordinamento degli uffici dovrà venire approvato solo quando tutto il personale sarà passato alla Provincia.

Posto in votazione, l'art. 8 viene approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Artt. 9 e 10: approvati a maggioranza con 2 voti contrari.

Gli artt. dall'11 al 13 compreso vengono approvati a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 14: approvato senza discussione a maggioranza con 2 voti contrari.

Gli artt. dal 15 al 19 compreso vengono approvati a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 20: approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Un nuovo art. 20 bis proposto dagli Assessori Dalsass e Rubner viene illustrato dal primo firmatario.

Al riguardo il consigliere Sforzini è d'opinione che questa norma tenda ad avvantaggiare una determinata categoria di dipendenti.

Dopo la replica dell'Assessore Dalsass, l'articolo viene approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Gli artt. 21, 22 e 23 vengono approvati con lo stesso esito di votazione.

Art. 24: approvato all'unanimità.

Art. 25: approvato senza discussione a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 26: il consigliere Sfondrini, nel rilevare che la norma contenuta nel 2' comma é quanto meno medievale, chiede che il 2' comma venga stralciato.

L'Assessore Dalsass si dichiara contrario, sostenendo che lo stralcio non risolverebbe nulla.

A questo punto il consigliere Sfondrini chiede al Presidente di interrompere brevemente la seduta, per poter formulare l'emendamento soppressivo.

Il Presidente accoglie la richiesta (ore 16.20).

La seduta riprende alle ore 16.30.

Il consigliere Sfondrini presenta alla presidenza un emendamento soppressivo del secondo comma.

L'Assessore Dalsass si dichiara contrario all'emendamento. Il consigliere Mitolo sostiene che per la promozione ad una categoria superiore dovrebbe essere sufficiente un esame.

Dopo un ulteriore intervento del consigliere Sfondrini, il Presidente Molignoni fa presente che si asterrá dal voto tanto sull'emendamento quanto sull'articolo nel suo complesso.

Posto in votazione, l'emendamento soppressivo viene respinto a maggioranza con 2 voti favorevoli e 3 astensioni.

L'articolo viene approvato a maggioranza con 2 voti contrari e un'astensione.

Art. 27: approvato all'unanimitá senza discussione.

Art. 28: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 29: approvato con 20 voti favorevoli e 2 astensioni.

In sede di dichiarazione di voto il consigliere Mitolo illustra i motivi che lo inducono a votare a favore del provvedimento. A suo avviso l'unica pecca va riscontrata nel fatto che il medesimo sia stato presentato al Consiglio con ritardo; per il resto egli osserva che si tratta di una legge puramente di carattere tecnico.

Il Presidente Molignoni si associa a quanto dichiarato dal consigliere Achmüller in sede di discussione generale. Tuttavia, anche in qualità di Assessore alle Finanze della Regione, egli dichiara che voterá a favore del disegno di legge in oggetto, dato che la Regione ha esigue disponibilità per il pagamento degli stipendi in un bilancio di soli 25 miliardi di lire. Concludendo, egli osserva che nella sua carriera politica ha spesso partecipato a discussioni su leggi in materia di personale e di avere sempre constatato che l'una o l'altra categoria non era soddisfatta.

Il consigliere Achmüller sostiene che con l'approvazione di questa legge viene a realizzarsi un desiderio da lungo nutrito dai dipendenti

della Regione e dichiara che l'SVP voterá a favore del provvedimento.

Posto in votazione, il disegno di legge viene approvato con 20 voti favorevoli e 2 voti contrari su 22 votanti.

Punto 3) all'ordine del giorno: Impugnazione dell'art. 3 della legge 24.12.1976, n. 898: "Nupva regolamentazione de le servitú militari".

La delibera viene approvata per alzata di mano all'unanimitá senza discussione.

La seduta termina alle ore 17.05.

I SEGRETARI:

- Rosa Franzelin-Werth - *R Franzelin* - Prof. Decio Mognoni -
- Avv. Anselmo Gouthier - (~~assente~~) *[Signature]*
- Toni Kiem - *[Signature]*

IL PRESIDENTE:

/tr

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1977
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 117. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 16. Februar 1977
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE
Vorsitz des PRASIDENTEN :

Prof. Decio Molignoni
Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth
Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI
Abwesende ABGEORNETE :

Dr. Alfons Benedikter (entsch.)
Wilhelm Erschbaumer (entsch.)
Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)
Gaetano Marcon (entsch.)
Dr. Erich Müller (entsch.)
LR Fabio Rella (entsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Behandlung der Tagesordnung vom 15. Februar fortzufahren. Außerdem wurde folgender zusätzlicher Tagesordnungspunkt hinzugefügt:

- 4) Landesgesetzentwurf Nr. 204/76: "Ordnung für die Kontroll- und Arbeitsvermittlungskommissionen - Normen für die Qualifikationen und für die Zuordnung zu den Berufskategorien - Regelung der Kategorien der hochspezialisierten Arbeitnehmer".

Die Sitzung beginnt um 9.45 Uhr.

Eingangs verliest der Präsident ein Telegramm, welches ihm von der Gewerkschaft der Regionalangestellten übermittelt worden war.

Man fährt nun mit der Generaldebatte über den Landesgesetzentwurf Nr. 206/77: "Bestimmungen zum Übergang des Personals der Region Trentino-Südtirol in die Stellenpläne der Autonomen Provinz Bozen, sowie Änderung der Personaldienstordnung" fort.

Landeshauptmann Magnago ergreift als erster das Wort und nimmt zu den Ausführungen seiner Vordredner Stellung. Er unterstreicht im besonderen, daß die Landesverwaltung andauernd neue Kompetenzen und neues Personal übernehmen muß, womit zahlreiche Fragen administrativer, politischer und gewerkschaftlicher Art verbunden seien.

Er räumt auch ein, daß die neue Ämterordnung wichtig und dringend sei, es hätte aber nicht viel Sinn, diese zu verabschieden, solange die Landesverwaltung nicht alle Befugnisse und das gesamte ihr zustehende Personal übernommen hat. Man müsse sich aber auch davor hüten, in der Ämterordnung ein Wundermittel zu sehen.

Landesrat Dalsass erläutert nun einige in der Generaldebatte aufgeworfene Fragen personaltechnischer Natur, während Landesrat Mayr zu den von Abg. Achmüller aufgeworfenen Fragen, die die Wildbachverbauungsarbeiter betreffen, Stellung bezieht.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit 1 Gegenstimme.

Art. 1: der Präsident bringt den Artikel zur Abstimmung, während der Abg. Mitolo um Feststellung der geforderten gesetzlichen Anzahl ersucht. Da nur 17 Abgeordnete im Saal waren und die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl nicht gegeben war, vertagt der Präsident die Sitzung auf 15 Uhr desselben Tages. Ende der Vormittagssitzung um 11.15 Uhr.

Beginn der Nachmittagssitzung um 15.15 Uhr.

Bei Namensaufruf fehlten folgende Abgeordnete:

1. Dr. Alfons Benedikter (entschuldigt)
2. Dr. Armando Bertorelle (unentschuldigt)
3. Wilhelm Erschbaumer (entschuldigt)
4. Dr. Anselmo Gouthier (entschuldigt)
5. Dr. Egmont Jenny (unentschuldigt)

6. Dr. Erich Müller (entschuldigt)
7. LR Fabio Rella (entschuldigt)
8. Alfons Rigott (unentschuldigt)
9. Dr. Karl Vaja (entschuldigt)

Art. 1 und 2: werden ohne Wortmeldungen mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Art. 3: ohne Wortmeldungen mit 2 Gegenstimmen genehmigt.

Art. 4: ein Abänderungsantrag, eingebracht durch die Landesregierung (unterzeichnet von Dalsass und Rubner) wird ebenso, wie der so abgeänderte Artikel, mit 1 Enthaltung angenommen.

Art. 5 und 6: ohne Wortmeldung mit 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 7: mit 2 Gegenstimmen angenommen.

Art. 8: der Abg. Stecher betont in einer Stellungnahme zum Artikel, es sei offenkundig, daß die Mehrheit nicht gewillt ist, irgend eine Abänderung anzunehmen und man einen direkten Dialog mit den Beamtenvertretern vermeiden wollte. Neu sei ihm auch die Auffassung Magnagos, wonach die Ämterordnung erst beschlossen werden soll, wenn das gesamte Personal an das Land überstellt ist.

Der Artikel wird mit 2 Gegenstimmen angenommen, ebenso die Artikel 9 und 10.

Die Art. 11 bis 13 werden mit 2 Enthaltungen angenommen.

Der Artikel 14 - immer ohne Wortmeldung, wird mit 2 Gegenstimmen angenommen.

Die Artikel 15 bis 19 werden mit 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 20: wird mit 2 Gegenstimmen angenommen.

Ein neuer Artikel 20/bis wird von der Landesregierung (Dalsass und Rubner) von Dalsass erläutert.

Der Abg. Sfondrini ist der Auffassung, daß diese Bestimmung eine gewisse Kategorie von Angestellten bevorzuge.

Nach einer Replik durch Dalsass wird der Artikel, ebenso wie die Artikel 21, 22 und 23 mit 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 24: wird mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Art. 25: wird ohne Wortmeldung mit 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 26: der Abg. Sfondrini ist der Auffassung, daß die Bestimmung des Absatzes 2 geradezu mittelalterlich anmutet. Er ersucht, daß dieser zweite Absatz gestrichen werde.

Landesrat Dalsass ist nicht dieser Auffassung, und behauptet, daß mit dem Streichen des Artikels nichts getan sei.

In einer abermaligen Wortmeldung ersucht Sfondrini den Präsidenten, die Sitzung kurz zu unterbrechen, um einen Streichungsantrag auszuarbeiten.

Der Präsident gibt dem Ansuchen statt. (16.20 Uhr).

Wiederaufnahme der Sitzung um 16.30 Uhr.

Sfondrini bringt nun beim Präsidium einen entsprechenden Streichungsantrag zum zweiten Absatz ein.

Dalsass erklärt sich mit dem Antrag nicht einverstanden, während Mitolo behauptet, daß zur Beförderung in eine höhere Kategorie auch nur eine Prüfung genügen sollte.

Nach einer abermaligen Erläuterung durch Sfondrini teilt Präsident Mognoni mit, daß er sich bei der Abstimmung über den Streichungsantrag und über den Artikel der Stimme enthalten werde.

Der Streichungsantrag wird nun mit 2 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Artikel wird nun mit 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Art. 27: wird nun ohne Wortmeldung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Art. 28: wird mit 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 29: wird mit 20 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen angenommen.

Zur Stimmabgabe erklärt der Abg. Mitolo, warum er für das Gesetz stimmen werde und es nur einen großen Defekt habe, daß es zu spät beim Landtag eingebracht wurde. Außerdem handle es sich um ein rein technisches Gesetz. Präsident Mognoni teilt die in der Generaldebatte geäußerten Ansichten Achmüllers, aber auch in seiner Eigenschaft als Finanzassessor der Region werde er für das Gesetz stimmen, da die Region sehr wenig Mittel für die Auszahlung der Gehälter zur Verfügung habe und dies bei einem Haushaltsvoranschlag von nur 25 Milliarden Lire. Abschließend behauptet er, daß er in seiner Karriere mehrmals an Debatten zur Verabschiedung von Personalgesetzen beteiligt gewesen sei und man immer wieder feststellen mußte, daß die eine oder andere Kategorie nicht befriedigt war.

Der Abg. Achmüller ist der Auffassung, daß mit Verabschiedung dieses Gesetzes ein lang ersehnter Wunsch der Regionalbeamten in Erfüllung gehe. Die SVP werde selbstverständlich für den Gesetzentwurf stimmen.

In geheimer Abstimmung wird der Gesetzentwurf nun von 22 Abstimmenden mit 20 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen.

Punkt 3) der Tagesordnung: Anfechtung des Artikels 3 des Gesetzes vom 24.12.1976, Nr. 898, Neuregulierung der Militärdienstbarkeiten".

Der Beschluß wurde durch Handaufheben ohne Wortmeldung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Ende der Sitzung um 17.05 Uhr.

DIE SEKRETÄRE:

- Rosa Franzelin-Werth -
- Dr. Anselmo Gouthier -
- Toni Kiem -

DER PRÄSIDENT:

R Franzelin - Prof. Decio Mognoni -
(abwesend) *[Signature]*
[Signature]

/tr